

Pressemitteilung 9/2023

Halle (Saale), den 5. April 2023

Ostdeutsche Wirtschaft bisher gut durch Energiekrise gekommen

Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2023 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

Im Jahr 2022 hat die ostdeutsche Wirtschaft mit 3,0% deutlich stärker expandiert als die Wirtschaft in Westdeutschland (1,5%). Hintergrund ist eine robustere Entwicklung der Arbeitnehmer- und Rentnereinkommen. Auch für das Jahr 2023 prognostiziert das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) deshalb mit 1% eine höhere Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland als in Deutschland insgesamt (0,3%). Die Arbeitslosenquote dürfte mit 6,8% im Jahr 2023 und 6,7% im Jahr darauf in etwa stagnieren.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem [Frühjahrgutachten](#), dass der konjunkturelle Rückschlag für die deutsche Wirtschaft im Winterhalbjahr 2022/2023 glimpflicher ausgefallen sein dürfte als im Herbst befürchtet. Denn die angebotsseitigen Störungen, insbesondere die Gefahr eines akuten Lieferengpasses bei Erdgas, haben nachgelassen. Insgesamt ist die ostdeutsche Wirtschaft recht gut durch die Energiekrise des vergangenen Jahres gekommen: Laut Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat die Wirtschaftsleistung um 3,0% und damit um 1,5 Prozentpunkte stärker expandiert als in Westdeutschland (1,5%). Um 1,5% legte dabei die Wertschöpfung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe zu. Der sehr hohe Zuwachs von 13,4% in Brandenburg geht wohl zu einem Gutteil auf die Aufnahme der Autoproduktion im Tesla-Werk Grünheide zurück. In Ostdeutschland ohne Brandenburg hat das Verarbeitende Gewerbe, so wie in Deutschland insgesamt, lediglich stagniert. Die Bauproduktion ging im Osten mit 3,5% noch etwas stärker als im Rest des Landes zurück. Dagegen hat die Wertschöpfung im gewichtigen Dienstleistungsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (Wirtschaftsbereiche G bis J) mit 4,4% in den ostdeutschen Flächenländern und 9,2% in Berlin deutlich stärker zugelegt als in Westdeutschland (3,5%). „Hintergrund dürfte neben Nachholeffekten nach Ende der Pandemie eine robuste Entwicklung der privaten verfügbaren Einkommen sein“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Seit der Mindestlohn im Oktober 2022 auf 12 Euro je Stunde angehoben wurde, ist er um ein Viertel höher als im Jahr 2021, was in Ostdeutschland wegen des höheren Anteils der Mindestlohnempfänger von größerer Bedeutung ist als in Westdeutschland. Auch deshalb sind die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten mit 6,4% deutlicher gestiegen als in Deutschland insgesamt (4,7%).

Sperrfrist:
5. April 2023, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Klimaschutz (BMWK), Bundes-
ministerium der Finanzen (BMF), Bun-
desministerium für Arbeit und Soziales
(BMAS), Bundesministerium des Innern
(BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschafts-
ministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Energiekrise, Konjunktur,
Konvergenz Ostdeutschland, Ost-
West-Vergleich, Prognose,
Produktivität

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der
Projektgruppe Gemeinschafts-
diagnose im Auftrag der
Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Die realen (um den Konsumdeflator preisbereinigten) Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten waren in Ostdeutschland im Jahr 2022 um 12½% höher als im Jahr 2015, in Deutschland insgesamt nur um gut 4%. Trotz der höheren Lohnkosten und trotz einer ungünstigeren demographischen Entwicklung expandiert die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Osten ebenso wie im Westen deutlich.



„Auch im Jahr 2023 dürften die Einkommen in Ostdeutschland kräftiger expandieren als im Westen“, sagt Holtemöller. „Denn im Sommer wird die gesetzliche Rente um 5,9% und damit um 1,5 Prozentpunkte stärker zunehmen als im Westen.“ Die Angleichung des Rentenwertes ist damit erreicht, und künftig wird die Rentenanpassung im ganzen Land einheitlich erfolgen. Für die erste Jahreshälfte 2023 rechnet die Gemeinschaftsdiagnose mit einem verhaltenen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland, im weiteren Prognosezeitraum dürfte der Zuwachs aufgrund der nachlassenden Lieferengpässe und Belastungen durch die Energiepreise voraussichtlich etwas höher ausfallen. Dies dürfte auch für Ostdeutschland gelten. Wegen der kräftigeren Entwicklung der privaten Einkommen (auf freilich immer noch niedrigerem Niveau) dürfte die ostdeutsche Produktion mit 1,0% im Jahr 2023 etwas stärker expandieren als in Deutschland insgesamt (0,3%), vgl. Abbildung. Für das Jahr 2024 werden sich die Expansionsraten wohl angleichen (1,5%). Die ostdeutsche Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit bleibt nach 6,7% im Jahr 2022 mit 6,8% im Jahr 2023 und 6,7% im Jahr 2024 in etwa konstant.

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2023:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Inflation im Kern hoch – Angebotskräfte jetzt stärken](#). München, April 2023.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de



Das IWH auf Twitter



Das IWH auf LinkedIn



Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.